III. Generalversammlung

Art. 9 Einberufung

Die Einberufung der Generalversammlung erfolgt mindestens zwanzig Tage vor dem Versammlungstag durch Brief an die im Aktienbuch eingetragenen Aktionäre. Mit der Einberufung werden die Verhandlungsgegenstände sowie die Anträge bekannt gegeben. Für die ordentliche Generalversammlung sind den Aktionären gleichzeitig Geschäftsbericht und Revisionsbericht zuzustellen.

Art. 10 Befugnisse

Der Generalversammlung stehen folgende unübertragbare Befugnisse zu

- Festsetzung und Änderung der Statuten;
- Wahl und Abberufung der Mitglieder des Verwaltungsrates und der Revisionsstelle;
- Genehmigung des Geschäftsberichtes mit Jahresbericht, Jahresrechnung und Anhang;
- Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinnes;
- Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates;
- Beschlussfassung über Gegenstände, die der Generalversammlung durch das Gesetz oder die Statuten vorbehalten sind.

Art. 11 Beschlussfassung

Die Generalversammlung fasst ihre Beschlüsse und vollzieht ihre Wahlen, soweit das Gesetz oder die Statuten es nicht anders bestimmen, mit der absoluten Mehrheit der vertretenen Aktienstimmen. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Ausser in den im Gesetz vorgesehenen Fällen bedarf auch jede Statutenänderung der Zweidrittelmehrheit der vertretenen Aktienstimmen. Beschlussfassung und Wahlen erfolgen offen, entweder durch Handerheben oder durch Abgabe von Stimmkarten.

Über Anträge zu nicht gehörig angekündigten Verhandlungsgegenständen können keine Beschlüsse gefasst werden; ausgenommen sind Anträge auf Einberufung einer ausserordentlichen Generalversammlung oder auf Durchführung einer Sonderprüfung. Zur Stellung von Anträgen im Rahmen der Verhandlungsgegenstände und zu Verhandlungen ohne Beschlussfassung bedarf es keiner vorgängigen Ankündigung.

Die Aktionäre können sich an der Generalversammlung mittels schriftlicher Vollmacht vertreten lassen, wobei der Bevollmächtigte Aktionär oder Organ eines Aktionärs sein muss.

Art. 12 Universalversammlung

Die Eigentümer oder Vertreter sämtlicher Aktien können, falls kein Widerspruch erhoben wird, eine Generalversammlung ohne Einhaltung der für die Einberufung festgesetzten Formvorschriften abhalten. An dieser Versammlung kann über alle in den Geschäftskreis der Generalversammlung fallenden Gegenstände gültig verhandelt und Beschluss gefasst werden, solange die Eigentümer oder Vertreter sämtlicher Aktien anwesend sind.

IV. Verwaltungsrat

Art. 13 Mitglieder

Der Verwaltungsrat besteht aus drei Mitgliedern. Die von juristischen Personen des privaten oder öffentlichen Rechts vorgeschlagenen Mitglieder brauchen nicht Aktionäre zu sein.

Art. 14 Konstituierung und Amtsdauer

Der Verwaltungsrat konstituiert sich selbst. Er bezeichnet seinen Sekretär, der dem Verwaltungsrat nicht angehören muss.

Die Amtsdauer des Verwaltungsrats beträgt drei Jahre. Wird ein Mitglied vor Ablauf seiner Amtsdauer ersetzt, so tritt sein Nachfolger in diese ein. Wiederwahl ist möglich, sofern das Mitglied das siebenzigste Altersjahr nicht überschritten hat. Ein Mitglied, welches das siebenzigste Jahr erreicht hat, bleibt bis zur ordentlichen Generalversammlung, welche die Rechnung des letzten Geschäftsjahres seines Mandats genehmigt, im Amt.

Art. 15 Befugnisse

Der Verwaltungsrat hat in allen Angelegenheiten Beschluss zu fassen, die nicht nach Gesetz oder Statuten der Generalversammlung, der Revisionsstelle oder dem Gericht zugeteilt sind. Er hat insbesondere folgende unübertragbare und unentziehbare Aufgaben:

- Oberleitung der Gesellschaft und Erteilung der nötigen Weisungen;
- Festlegung der Organisation;
- Ausgestaltung des Rechnungswesens, der Finanzkontrolle sowie der Finanzplanung;
- Ernennung und Abberufung der mit der Geschäftsführung und Vertretung betrauten Personen;
- Oberaufsicht über die mit der Geschäftsführung betrauten Personen, namentlich im Hinblick auf die Befolgung der Gesetze, Statuten, Reglemente und Weisungen;
- Erstellung des Geschäftsberichtes sowie die Vorbereitung der Generalversammlung und die Ausführung ihrer Beschlüsse;
- Benachrichtigung des Richters im Falle der Überschuldung.

Art. 16 Organisationsreglement

Der Verwaltungsrat ordnet seine Aufgaben in einem Organisationsreglement.

Der Verwaltungsrat kann die Geschäftsführung oder einzelne Teile derselben an eine oder mehrere Personen, Mitglieder des Verwaltungsrates oder Dritte, die nicht Aktionäre sein müssen, übertragen. Er hat dabei für eine angemessene Berichterstattung an seine Mitglieder zu sorgen.

Art. 17 Bekanntmachungen

Der Verwaltungsrat bestimmt Art und Form der Einberufungen und Mitteilungen an die Aktionäre. In den vom Gesetz vorgeschriebenen Fällen erfolgen Bekanntmachungen durch Veröffentlichung im Schweizerischen Handelsamtsblatt.

V. Revisionsstelle

Art. 18 Wahl

Die Generalversammlung wählt jedes Jahr eine oder mehrere natürliche oder juristische Personen als Revisionsstelle mit den im Gesetz festgehaltenen Rechten und Pflichten.